

Graue Emissionen: Der neue Neokolonialismus

Ende des Jahres soll bei der Klimakonferenz in Paris der große Wurf gelingen: ein Abkommen, das dem weltweiten Klimaschutz ab 2020 wieder Schwung verleiht. Die internationalen Handelsverflechtungen machen das Problem aber nicht einfacher. VON CHRISTOPH STREISSLER*

KURZGEFASST

Neben dem CO₂-Ausstoß, der durch die Produktion und den Energieverbrauch in Österreich entsteht, verursacht der Konsum von Waren, die im Ausland hergestellt und in Österreich konsumiert werden, zusätzliche Emissionen von Treibhausgasen – eine Art Umweltkolonialismus. Der Beitrag umreißt, welche Schlüsse aus dieser Beobachtung für die Klimapolitik gezogen werden können.

Im vergangenen Herbst wurde der „Österreichische Sachstandsbericht Klimawandel 2014“ veröffentlicht, das Produkt der mehrjährigen Zusammenarbeit von etwa 240 WissenschaftlerInnen. Nach dem Vorbild der internationalen Klimaberichte des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel (IPCC-Berichte) trägt er bestehendes Wissen zum Klimawandel in Österreich, zu dessen Auswirkungen und zu den Erfordernissen und Möglichkeiten der Minderung und Anpassung zusammen (siehe auch „Wirtschaft und Umwelt“ 4/2014).

Der Umschlag dieses fast 1.100 Seiten starken Berichts zeigt eine Weltkarte, in deren Mitte – durch eine Lupe vergrößert hervorgehoben – Österreich liegt; rote Pfeile unterschiedlicher Stärke führen von den verschiedenen Weltgegenden nach Österreich, weiße aus Österreich in diese Weltregionen. Was das Umschlagbild zeigt, erschließt sich nicht unmittelbar. Auf Seite 985 des Berichts findet sich die Grafik wieder, diesmal ausführlich kommentiert. Es

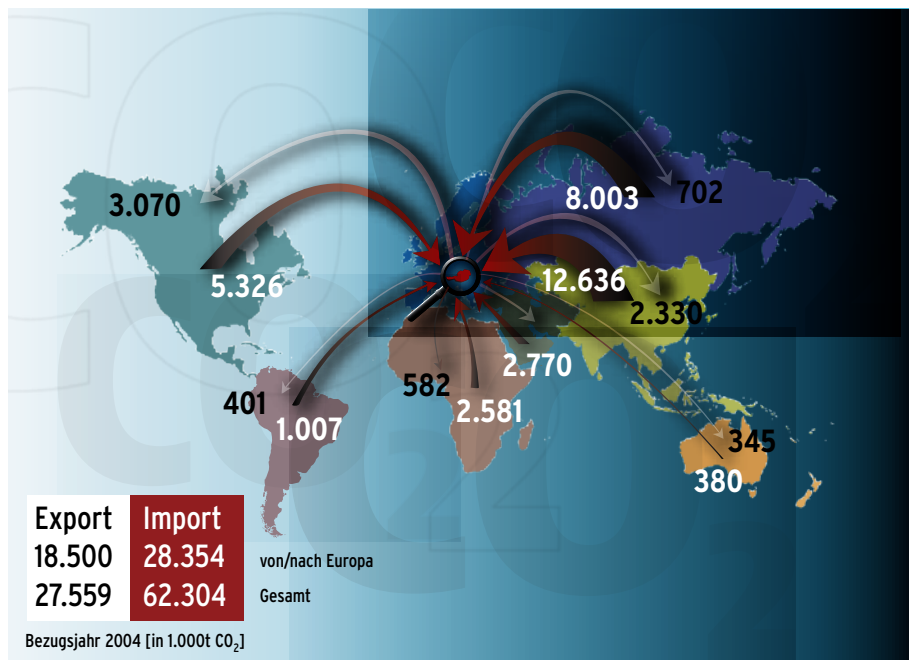
handelt sich um die CO₂-Ströme im Warenhandel aus bzw. nach Österreich für die jeweiligen Weltregionen, wie Muñoz und Steininger sie mit den Daten für das Jahr 2004 errechnet haben. Dargestellt sind also die CO₂-Emissionen, die bei der Produktion der Güter im Ausland anfallen, die in der Folge nach Österreich importiert werden, sowie – im umgekehrten Fall – die CO₂-Mengen, die in Österreich bei der Produktion der Güter emittiert werden, die dann ins Ausland exportiert werden. Derartige CO₂-Emissionen werden als „graue“ Emissionen bezeichnet.

CO₂-Ströme

Auch wenn die Datenbasis nicht die aktuellste ist, zeigt sich ein aufschlussreiches Bild: Die CO₂-Mengen, die durch den in Österreich stattfindenden Verbrauch von Waren im Ausland hervorgerufen werden, liegen mit über 62 Millionen Tonnen fast so hoch wie die in Österreich direkt ausgestoßenen Mengen an CO₂ – im Jahr 2004 et-



*Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.



QUELLE: APCC 2014

CO₂-Ströme des Warenhandels Österreichs nach Hauptweltregionen.

Der österreichische Konsum verursacht im Ausland netto etwa 35 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, zusätzlich zu denen in Österreich.

was über 78 Millionen Tonnen. Für eine Netto-Betrachtung muss von diesen Importen die Menge von gut 27 Millionen Tonnen CO₂ abgezogen werden, die gewissermaßen mit Exporten von Waren aus Österreich ins Ausland geliefert werden. Damit bleiben netto 34,7 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, die der österreichische Konsum im Ausland verursacht. Größenordnungsmäßig die Hälfte dieser Mengen fließt übrigens zwischen Österreich und den anderen EU-Staaten. Anzumerken ist, dass diese Betrachtung nur Kohlendioxid (CO₂) erfasst, nicht hingegen Methan und Lachgas (CH₄ und N₂O), die als „graue Emissionen“ insbesondere in landwirtschaftlichen Produkten enthalten sind.

Dass die HerausgeberInnen des „Österreichischen Sachstandsberichts Klimawandel 2014“ diese Grafik für den Umschlag ausgewählt haben, zeigt,

dass sie der Bedeutung der Handelsverflechtungen und der damit einhergehenden Treibhausgasemissionen große Bedeutung beimessen. Österreich ist eine kleine, offene Volkswirtschaft, bei der also Export und Import eine relativ große Rolle spielen. Damit steigt auch die Bedeutung der mit dem Außenhandel verbundenen, grauen CO₂-Emissionen.

Außenhandel und CO₂

Grundsätzlich ist in großen Volkswirtschaften der Außenhandel im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt geringer als in kleinen. Das ist nicht eine ökonomische Gesetzmäßigkeit, sondern eine Sache der Logik. Ein Gedankenexperiment zeigt dies unmittelbar: wird ein Land in zwei Teile geteilt, so wird dadurch derjenige Handel, der zuvor zwischen die-

sen beiden Teilen stattfand und als Binnenhandel galt, zum Außenhandel. Bei völlig gleichen Handelsströmen ist also der Anteil des Außenhandels in beiden Teilen durch die Verkleinerung der betrachteten Einheiten gestiegen.

Im Zusammenhang mit den „grauen Emissionen“ muss darüber hinaus beachtet werden, dass mit verschiedenen Arten von Waren, bezogen auf ihren Handelswert, sehr unterschiedliche Mengen an CO₂-Emissionen verknüpft sind. So ist die CO₂-Intensität von Grundstoffen im Allgemeinen weitaus höher als die von verarbeiteten Produkten, da der höchste Energieeinsatz und damit die höchsten CO₂-Emissionen zumeist bei der Herstellung der Grundstoffe erfolgen.

Der Wert der Güter, die aus Österreich exportiert werden, und derer, die importiert werden, halten sich fast die Waage: Im Jahr 2013 standen Exporten im Wert von 125,4 Milliarden Euro Importen im Wert von 130,0 Milliarden Euro gegenüber, das Handelsbilanzdefizit betrug also 4,6 Milliarden Euro. Im Kasten (Seite 20) sind die Warengruppen aufgeführt, bei denen die größten Nettoimporte und die größten Nettoexporte auftreten. Mit diesen Warenflüssen sind aber in Summe sehr unterschiedliche CO₂-Intensitäten verbunden: die eingangs beschriebene Grafik des Österreichischen Sachstandsberichts zeigt, dass etwa doppelt so viel CO₂ nach Österreich importiert wie exportiert wird.

Carbon Leakage

Die Gründe, warum in bestimmten Sektoren durchaus energieintensive Produkte aus Österreich – etwa Stahl und Papier – am Weltmarkt konkurrieren können und warum andererseits manche Produktionen vornehmlich →



Standortverlagerung

Aus der Sicht der Gewerkschaften:
 „Standortverlagerung in Deutschland“.
 Eine nüchterne Analyse. www.boeckler.de/pdf/p_edition_hbs_194.pdf

Schwerpunkt Export von Umweltlasten

→ im Ausland stattfinden, sind vielfältig. Für Deutschland hat das Statistische Bundesamt über 16.600 Unternehmen befragt, welche Gründe für die Verlagerung von Produktionen ins Ausland zählen. Dem zufolge sind die mit Abstand wichtigsten Gründe die Arbeitskosten und die Erschließung neuer Märkte.

Von UnternehmensvertreterInnen werden häufig auch die Kosten, die für Umweltschutzaufgaben getragen werden müssen, insbesondere die Kosten von CO₂-Zertifikaten in der EU, als mögliche Gründe von Produktionsver-

lagerungen genannt. Dies folgt aber in erster Linie einem strategischen Kalkül, das darauf abzielt, Umwelt- und Klimaregulierung zu schwächen. Denn in der Praxis spielen diese Kosten bei Verlagerungen von Produktionen nur in Ausnahmefällen eine Rolle.

Dies ist auch das Ergebnis einer Studie, die die Europäische Kommission 2013 bei der holländischen Forschungsorganisation Ecorys in Auftrag gegeben hat. Dabei wurde untersucht, ob es in den ersten zwei Handelsperioden, also zwischen 2005 und 2012, zu Produktionsverlagerungen in Folge der CO₂-Kosten in der EU, also zum sogenannten „Carbon Leakage“ kam. Nach einer ausführlichen Analyse der einzelnen Sektoren im europäischen Emissionshandel kommt die Studie zum Schluss, dass Carbon Leakage nicht nachweisbar war. Die beobachteten Veränderungen von Importen und Exporten in einigen Sektoren seien auf andere Faktoren, beispielsweise auf Verlagerungen der Nachfrage, zurückzuführen. Eine relevante Rolle spielen aber die Energiepreise.

Das Argument, dass die Industrie nicht mit CO₂-Kosten belastet werden dürfe, da sie sonst abwandere, kann mit dem Hinweis zurückgewiesen werden, dass andere Faktoren viel größere Bedeutung für die Standortwahl der Unternehmen haben. Das eingangs gezeigte Ungleichgewicht bei der CO₂-Intensität der Importe und der Exporte kann schon deswegen nicht auf die Kosten in Folge des Emissionshandels zurückzuführen



Handelsverflechtungen sind relevant für die Treibhausgasemissionen

ÖSTERREICHISCHE HANDELSBILANZ

WARENGRUPPEN UND EMISSIONEN

Warengruppen, für die die österreichische Handelsbilanz besonders positiv und besonders negativ ist.

Produktgruppe	Handelsbilanz (Mrd. Euro)
Mineralöle etc.	-11,3
Bekleidung	-2,5
Organische Chemikalien	-2,0
Edelmetalle	-1,1
Erze	-1,1
...	...
Getränke	1,1
Holz und Holzwaren	1,4
Papier und Pappe	2,1
Eisen und Stahl	2,2
Pharmazeutische Erzeugnisse	2,5
Maschinen und Geräte	6,1

Der Import von Rohöl ist der größte einzelne Posten, der die negative Handelsbilanz bei Mineralöl verursacht. Export-Spitzenreiter sind Maschinen und Geräte, bei

denen keine besonders hohen CO₂-Emissionen anfallen, ebenso wenig bei Pharmazeutika; bei Papier und Pappe sind sie höher und bei Eisen und Stahl durchaus beträchtlich.

QUELLE: STATISTIK AUSTRIA 2013

FOTOS: SCHUH (1)

sein, weil die Daten aus 2004 stammen, also bevor der Emissionshandel in der EU begann.

Schwierige Fragen

Damit sehen wir uns aber einem langfristig ernsteren Problem gegenüber: Mit oder ohne EU-Emissionshandel verursacht der Konsum in Österreich wesentlich mehr Emissionen als in der österreichischen Treibhausgas-Bilanz aufscheinen. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies für andere reiche Staaten genauso gilt. Ob dies eine Folge der nationalen Klimapolitik ist oder eine Konsequenz der stattfindenden Weiterentwicklung des Produktionssystems, sei dahin gestellt. Ohne eine weltweit wirksame Einschränkung der CO₂-Emissionen sind Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels zum Scheitern verurteilt.

Die nötige Verminderung der CO₂-Emissionen kann nur erreicht werden, wenn der Verbrauch fossiler Brennstoffe weltweit verringert wird. Drei weitere Bereiche, in denen ebenfalls hohe Mengen an Treibhausgasemissionen anfallen, die eingedämmt werden müssen, sind die Erzeugung von Rohstahl, die Herstellung von Zement und die Rinderzucht. Die Erwartung zu nähren, dass Klimaschutz erfolgreich sein könnte, ohne in diesen Bereichen den Verbrauch zu verringern, ist unredlich. Das macht die Verteilungsfrage der Klimapolitik – die Frage, wie das zulässige Maß des Ausstoßes von Treibhausgasen gerecht aufgeteilt werden kann – leider um einiges schwieriger. □

Die Erwartung zu nähren, dass Klimaschutz erfolgreich sein kann, ohne bei emissionsintensiven Produkten den Verbrauch zu verringern, ist unredlich.

INTERVIEW MIT LILI FUHR VON DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

RESSOURCENPOLITIK NEU DENKEN

Ist die Natur ein „knappes Gut“? Welche Strukturen halten die globale „Ressourcen-Bonanza“ am Laufen? Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Rahmen eines globalen Dialogprojekts mit jungen Menschen aus 27 Ländern ressourcenpolitische Strategien für eine gerechte Zukunft erarbeitet.

Sie treten für einen neuen Zugang in der Ressourcenpolitik ein. Was ist Ihr Anliegen?

Fuhr: Ressourcenpolitik sucht nach Antworten auf drei zentrale Fragen: Wem gehören unsere natürlichen Ressourcen? Wer kontrolliert den Zugang? Wie teilen wir sie gerecht? In diesem Sinne stellt Ressourcenpolitik eine analytische Sichtweise dar, aber auch eine Grundlage für Handlungsstrategien. Es geht um Konflikte über Ressourcennutzung als komplexes Bündel an Interaktionen zwischen Natur, Menschen, Interessen, Machtverhältnissen und Kulturen. Wir sehen einen Dreiklang aus planetarischen Grenzen, Menschenrechten und Demokratie, die untrennbar zusammen gehören, wenn wir nach Lösungen aus den gegenwärtigen Krisen suchen.

Was war Inhalt des Dialogprozesses zum Projekt „Gerechtigkeit gestalten – Ressourcenpolitik für eine faire Zukunft“?

Fuhr: „Ressourcengerechtigkeit in einer endlichen Welt“ war ein Schlüsselprojekt der Stiftung unter Beteiligung von 21 unserer 30 Auslandsbüros. Dabei ging es uns vor allem darum, Herausforderungen und Lösungen in Bezug auf fossile und mineralische Rohstoffe, Land, Wasser, Wald und Biodiversität miteinander und interdisziplinär zu diskutieren. Hierzu haben im Zeitraum Oktober 2012 bis Mai 2013 zehn Zukunftswerkstätten mit jungen Menschen aus 27 Ländern stattgefunden.

Was war das Ergebnis?

Fuhr: Im Anschluss an den Ressourcengipfel im September 2013

in Berlin wurde unter Beteiligung der Delegierten der Zukunftswerkstätten, einem international zusammengesetzten Fachbeirat und den Mitarbeitenden der Heinrich-Böll-Stiftung ein Memorandum ausgearbeitet: Dieses beschreibt konkrete Leitplanken für regionale und lokale Strategien für mehr Ressourcengerechtigkeit: Erstens wollen wir Menschen dazu befähigen, ihre Rechte einzufordern. Zweitens geht es uns um eine Eindämmung von Machtkonzentration und darum, die Kontrolle über natürliche Ressourcen, Finanzkapital und Technologien wieder zu erlangen. Drittens bedarf es aus unserer Sicht einer Transformation unserer Produktions- und Konsummuster im Sinne einer globalen sozial-ökologischen Gerechtigkeit.

Wird es eine Fortsetzung geben? Wie soll es weiter gehen?

Fuhr: Das Memorandum ist Grundlage unserer ressourcenpolitischen Arbeit überall auf der Welt. Teilweise sind Netzwerke entstanden, mit denen die Stiftung heute noch intensiv zusammenarbeitet, so z.B. in Brasilien. In anderen Ländern war das Memorandum Ausgangspunkt für erste strategische Planungen. Das Memorandum hat viel positive Resonanz bekommen und Debatten angeregt. Ich war zum Beispiel selber Ende Februar in Marokko, wo eine Kommission im Auftrag des Königs an einem großen Bericht über den Reichtum des Landes arbeitet und sich auf Basis des Memorandums von der Heinrich-Böll-Stiftung bezüglich Ressourcengerechtigkeit beraten lassen wollte.



*Lili Fuhr ist Diplom-Geographin und Referentin für Internationale Umweltpolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung. www.boell.de/de/node/280263